

Ukraine im Umbruch

Upheaval in Ukraine

-> 03



Machtprobe für Erdoğan

Trial of strength for Erdoğan

-> 03



bpb:

Interview über die europäische Öffentlichkeit

Interview about the European Public Sphere -> 04

Was denkt Europa?

What does Europe think?

www.eurotopics.net

Sonderausgabe im Printformat

Bundeszentrale für politische Bildung
Federal Agency for Civic Education

März 2014
March 2014

euro | topics

Freizügigkeit entzweit Europa

Freedom of movement divides Europe

Die britische Regierung hat die Bedingungen zur Einwanderung für EU-Bürger verschärft. Auch in Deutschland wurden Schritte gegen Armutszuwanderung diskutiert, nachdem die Arbeitnehmerfreizügigkeit am 1. Januar für Bulgaren und Rumänen in Kraft getreten war. Ist das Recht zur freien Wahl des Wohn- und Arbeitsorts in Gefahr?

The Daily Telegraph (GB):

Furcht vor Zuwanderung verständlich

Mehr als drei Viertel der Briten wollen, dass die Einwanderung zurückgefahren wird. Der Kolumnist Iain Martin zeigt in der konservativen Tageszeitung dafür Verständnis: „Viele können nicht verstehen, warum ein Land, dem das Geld ausgegangen ist und das sehr viele arbeitslose junge Leute hat, sich dazu entscheiden sollte, so viele Arbeitskräfte zu importieren. ... Das Sozialsystem baut auf der Vorstellung auf, dass wir Unterstützung verdienen, weil wir oder unsere Eltern etwas beigetragen haben. Da fällt es schwer zu akzeptieren, dass Neuankommlinge Steuergutschriften oder Sozialleistungen erhalten. ... Wir brauchen Zuwanderung, aber das bedeutet nicht, dass ein riesiger, unregulierter Zustrom vernünftig oder wünschenswert ist.“ (07.01.2014)

Delfi (LT):

Freizügigkeit funktioniert nicht mehr

Die Debatte über die Migration von Bulgaren und Rumänen nach Westeuropa geht auf einen Konstruktionsfehler im Konzept der Arbeitnehmerfreizügigkeit zurück, meint der Migrationsexperte Dainius Paukšt auf dem Online-Portal: „Der freie Personenverkehr (so, wie ihn die EU-Gründer verstanden haben) ist nur zwischen Ländern mit einer ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklung möglich. Die Aufnahme von wirtschaftlich schwächeren Ländern hat das Prinzip der Personenfreizügigkeit verzerrt, denn danach hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine Massenmigration im wahren Sinne des Wortes begonnen. ... Es ist also offensichtlich, dass wir uns auf neue Herausforderungen und Debatten über eine neue Immigrationspolitik innerhalb der EU vorbereiten müssen.“ (06.01.2014)

Welt am Sonntag (D):

Debatte über Einwanderung schmerzt

Die Debatte über eine mögliche „Armutseinwanderung“ bricht auch in Deutschland nicht ab. Wolfgang Scheida findet das Gerede in der konservativen Sonntagszeitung



Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien dürfen sich seit Januar überall in der EU niederlassen. / Workers from Bulgaria and Romania may settle wherever they like in the EU starting January.

unerträglich: „Als in den 90ern die rumänischen Spätaussiedler – auch ich bin einer – nach Deutschland kamen, wurden sie hier gut aufgenommen. ... Viele ‚wanderten‘ erst in die Sozialsysteme ein, konnten dann aber im Laufe der Zeit ihr Leben selbst gestalten und finanzieren. ... Wir haben hart gearbeitet, Sprachkurse belegt, studiert, uns integriert. ... Es gibt wenig, das so schmerzhaft ist, wie Teil einer Familie zu sein, aber immer am Katzentisch essen zu müssen. So fühlt man sich als ‚Rumäne und Bulgare‘. Wir gehören zwar zur EU, man will mit uns Geschäfte machen, aber man schreit zetermordio, wenn wir uns in Europa frei bewegen und arbeiten wollen.“ (05.01.2014)

Novinite.bg (BG):

Keine Angst vor archaischen Bulgaren

Das Misstrauen der Menschen in Westeuropa gegenüber Bulgaren hat kulturelle Gründe, meint das bulgarische Nachrichtenportal: „Der typische Westeuropäer fürchtet den typischen Bulgaren. Er traut ihm ins-

tinktiv nicht über den Weg und fühlt sich von seinem Charakter und seiner direkten und offenen Umgangsweise bedrängt. Der typische Bulgare ist traditionsbewusst und archaisch und das macht ihn gefährlich für den Westen, weil seine Urwüchsigkeit den dortigen Status quo ernsthaft in Frage stellen kann. Europa hat Angst vor uns, weil wir anders sind. ... Das ist aber kein Grund, uns zu hasen oder gar zu fürchten. Schließlich sind wir auch Menschen, die etwas zu geben haben.“ (01.01.2014)

www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-2013-12-freizuegigkeit/



The British government has introduced stricter regulations for EU citizens who immigrate to the UK. In Germany too, steps to stem “poverty migration”

were discussed after the free movement of workers became effective for Bulgarians and Romanians on January 1. Is the right of EU citizens to choose where they live and work in danger?

The Daily Telegraph (GB):

Fears of immigration understandable

More than 75 percent of British citizens want immigration to their country to be slowed down. Columnist Iain Martin shows understanding for these sentiments in the conservative daily: “It is hard for many people to understand why a country that has run out of money, that has many unemployed young people, should decide to import so much labour. Equally, a welfare system built on the idea ... that we earn the right to claim because we, or our parents, put in, struggles to cope with new arrivals getting tax credits or benefits. ... We need immigration but that does not mean that a huge unregulated influx is sensible or desirable.” (07/01/2014)

Delfi (LT):

Freedom of movement no longer works

The debate over Bulgarians and Romanians migrating to Western Europe to escape poverty is the result of a structural defect in the concept of freedom of movement for workers, migration expert Dainius Paukšt argues on the web portal: “Freedom of movement (as conceived by the founders of the EU) is only possible between countries at similar levels of economic development. The accession of economically weaker countries has distorted the principle of free movement of persons, because it triggered not just an economic but also a mass immigration in the truest sense of the word. ... Clearly we must prepare for new challenges and debates about a new immigration policy within the EU.” (06/01/2014)

Welt am Sonntag (D):

Debate on immigration hurts

The debate in Germany about a potential wave of “poverty immigration” continues now that the free movement of workers for Romanians and Bulgarians has taken effect. In the conservative Sunday paper Wolfgang Scheida finds such talk unbearable: “When the ethnic German immigrants from Romania came to Germany in the 1990s – including myself, they received a warm welcome. ... Many ‘immigrated’ initially in the social welfare system, but as time passed they managed to become independent and earn a living for themselves. ... We worked hard, attended language courses, studied, integrated. ... There are few things as painful as being part of a family but always having to eat at the side table. This is how we ‘Romanians and Bulgarians’ feel. We may belong to the EU and people want to do business with us, but as soon as we want to move around Europe freely and work where we please people start screaming blue murder.” (05/01/2014)

Novinite.bg (BG):

Don't fear the archaic Bulgarians

The distrust of Bulgarians in countries like Britain and Germany also has a cultural explanation, the daily Novinite.bg writes: “The typical Western European fears the typical Bulgarian. Instinctively he doesn't trust him, and feels irritated by his character and direct, open demeanour. The typical Bulgarian is aware of his archaic tradition. That makes him dangerous for the West because his lust for life can seriously call the status quo into question. Europe is afraid of us because we're different. ... But that is no reason to hate, or even fear us. After all, we're people too, and we've got something to offer.” (01/01/2014)

www.eurotopics.net/en/home/debatten/links-2013-12-freizuegigkeit/



Rechtspopulisten auf dem Vormarsch

Right-wing populists on the rise

Vor der Europawahl Ende Mai sehen Wahlforscher antieuropäische Parteien im Aufwind. Nach Ansicht der Kommentatoren stehen die Volksparteien in der Pflicht, dem Rechtspopulismus Einhalt zu gebieten.

The Irish Times (IRL):

Der richtige Umgang mit Populisten

Europas etablierte Parteien müssen sich stärker mit populistischen und EU-kritischen Kräften auseinandersetzen, um deren Aufstieg zu verhindern, analysiert der Kolumnist Paul Gillespie in der linksliberalen Tageszeitung:

„Populisten stellen ihr Bild eines homogenen, rechtschaffenen und unabhängigen Volks dem einer korrupten Elite gegenüber. Ihre Ideologie profitiert von den Fehlern der Regierenden. ... Gut möglich, dass die Populisten bei der Europawahl gut abschneiden. Es ist aber unwahrscheinlich, dass sie das auch in ein stimmiges Programm umsetzen können. Sie sind jedoch gekommen, um zu bleiben. Daher müssen sich die etablierten Parteien mit ihnen auseinandersetzen.“ (15.12.2013)

Blog EUROPP (GB):

Populisten könnten abfärben

Die größte Gefahr durch die Rechtspopulisten besteht darin, dass die Volksparteien

sich ihnen zu sehr anpassen, meinen die EU-Experten Yves Bertoncini und Valentin Kreiling auf dem EUROPP-Blog: „Falls die Zahl der populistischen Kräfte wächst, wird das die Funktionsweise des EU-Parlaments nicht sonderlich beeinträchtigen. Es wird weiterhin vor allem von den Kompromissen geprägt sein, die von den dominanten politischen Gruppierungen erzielt werden. ... Es bleibt aber die Frage, ob die etablierten politischen Gruppen und Parteien die von populistischen Kräften formulierten Analysen und Empfehlungen annehmen werden. Diese Unsicherheit stellt die größte politische Bedrohung für die EU als Ganzes dar.“ (03.12.2013)

Joop.nl (NL):

EU-Feinden keinen Spielraum lassen

Die französische Vorsitzende des Front National Marine Le Pen und der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders haben im November ein Bündnis für die Europawahl geschmiedet. EU-Korrespondent Paul Snejder warnt auf dem Internet-Portal, dass Europafeinde Erfolg haben könnten, wenn sie an einem Strang ziehen: „Es besteht kein Zweifel, dass die Ohnmacht der Wähler angesichts der Krise von denjenigen ausgenutzt wird, die Europa zum Sündenbock für alles machen wollen. ... Es ist durchaus möglich, dass >> weiter Seite 2

Über euro|topics

Ob Politik, Wirtschaft, Gesellschaft oder Kultur: Vielfalt und Einheit prägen Europas Schlagzeilen genauso wie den Kontinent selbst. Die Presseschau eurotopics.net zeigt, welche Themen Europa bewegen, und spiegelt die Vielfalt an Meinungen, Ideen und Stimmungen wider. Seit Dezember 2005 zitiert das Informationsangebot der bpb montags bis freitags online die wichtigsten Kommentare, Essays und Reflexionen aus mehr als 300 Medien in mittlerweile 30 europäischen Ländern.

Dabei erklären kurze Einleitungen den aktuellen Stand der Debatte, einen Klick weiter gelangt man auf den zitierten Originaltext. Neben den tagesaktuellen Informationen verfügt das Angebot über ein umfassendes und stetig wachsendes Archiv aus mittlerweile rund 31.000 Beiträgen. Ein mehr als 300 Zeitungen, Magazine und Blogs umfassender Medienindex und der ausführliche Autorenindex helfen bei der Suche nach europäischen Denkern und Debatten.

www.eurotopics.net

About euro|topics

Whether it's politics, the economy, society or culture: diversity and unity are as much a part of Europe's headlines as they are of the continent itself. The eurotopics.net press review spotlights the issues that move Europe, reflecting the wide range of opinions, ideas and moods. Monday to Friday since December 2005, the bpb's online review has been quoting the most important commentaries, essays and reflections from more than 300 media in now 30 European countries.

Short introductions explain the current state of the debate, and the original text is just a click away. Above and beyond the daily press review, the site provides a comprehensive and continually expanding archive now with roughly 31,000 entries. A media index with more than 300 newspapers, magazines and blogs and a detailed author index help users in their search for European thinkers and debates.

www.eurotopics.net

Korrespondentinnen und Korrespondenten, die täglich für uns lesen:

Correspondents who read for us on a daily basis:



Dimiter Muftieff Bulgarien (BG); **Claudia Knauer** Dänemark (DK); **Katrin Lechler** Deutschland (D); **Maris Hellrand** Estland (EST); **Claudius Technau** Finnland (FI); **Nina Henkelmann, Nina Schönmeier** Frankreich und Luxemburg (F, L); **Chrissi Wilkens** Griechenland und Zypern (GR, CY); **Nicholas Bukovec** Großbritannien, Irland und Malta (GB, IRL, M); **Eva Clausen** Italien (I); **Gordan Godec** Kroatien (HR); **Sandra Valtere** Lettland (LV); **Auksė Bruverienė** Litauen (LIT); **Annette Birschel** Niederlande und Belgien (NL, B); **Elisalex Henckel** Österreich (A); **Sebastian Becker** Polen (PL); **Simon Kamm** Portugal (POR); **Annett Müller** Rumänien (RO); **Anne Rentzsch, Dieter Weiland** Schweden (S); **Sara Winter Sayilir** Schweiz (CH); **Ksenija Samardzija Matul** Slowenien (SLO); **Tom Gebhardt** Spanien (E); **Hans-Jörg Schmidt** Tschechien und Slowakei (CZ, SO); **Kristina Karasu** Türkei (TR); **Peter Bogнар** Ungarn (HU)



● Front-National-Chefin Le Pen und der niederländische Rechtspopulist Wilders haben sich für die Europawahl zusammengetan. / The leader of the Front National Le Pen and Dutch right-wing populist Wilders have joined forces for the European elections.

anti-europäische Parteien 200 der 750 Sitze im EU-Parlament bekommen werden.“ (11.11.2013)

Delo (SLO):

Wahl im Zeichen des Frusts

Angesichts der Krise wird die Europawahl 2014 zur wichtigsten der letzten Jahrzehnte, meint die linksliberale Tageszeitung: „Die Krise kündigt eine Erschütterung des politischen Establishments an. Die Frustration der Europäer ist derart groß, dass sie sich bei der Abstimmung Bahn brechen wird. Die Unzufriedenheit mit dem Umgang der Krise hat in fast allen Mitgliedstaaten die EU-Skepsis gestärkt und die Macht der traditionellen Parteien untergraben. Für Europas Bürger vertritt die Mainstream-Politik zunehmend die Interessen der großen Konzerne und die der Finanzzentren.“ (12.10.2013)

www.eurotopics.net/de/home/debatten/linkliste-2014-02-europa-waehl/



Election experts see anti-European parties gaining ground in the run-up to the European elections. Commentators see it as the duty of the mainstream parties to take the wind out of the sails of rightwing populism.

The Irish Times (IRL):

How to deal with populists

Europe's established parties must do more to counter populist and anti-EU forces if they want to prevent their rise to power, columnist Paul Gillespie urges in the left-liberal daily:

“Populists pitch the homogeneous, virtuous and sovereign people against a corrupt elite. Their ideology benefits from the failures of government competence. ... While they may do well in the European Parliament elections, it is unlikely they will be able to translate that into a coherent programme afterwards. They are here to stay, and so need to be engaged by established parties.” (15/12/2013)

Blog EUROPP (GB):

Populism is infectious?

The acid test will be whether the mainstream parties change their policies as anti-European and far-right parties gain ground, EU experts Yves Bertoincini and Valentin Kreilinger comment on the blog EUROPP: “The numerical increase of populist forces will not notably affect the functioning of the EP, which will remain largely based on the compromises built between the dominant political groups. ... The uncertainty as

to whether the mainstream political groups and parties might embrace the analyses and recommendations formulated by populist forces is probably the most serious political threat for the EU as a whole.” (03/12/2013)

Joop.nl (NL):

Don't give anti-EU parties any leeway

The leader of the Front National in France, Marine Le Pen, and the Dutch right-wing populist Geert Wilders have launched an alliance for the European elections. The anti-Europeans are joining forces, EU correspondent Paul Snejder warns on the online platform Joop.nl: “There can be no doubt that the voters' sense of helplessness in the crisis is being exploited by those who try to blame Europe for all the problems. ... The anti-European parties have pretty good chances of winning 200 of the 750 seats in the European Parliament.” (11/11/2013)

Delo (SLO):

Frustration rife ahead of elections

In view of the crisis the European election will be the most important of its kind in recent decades, the left-liberal daily asserts: “The crisis announces a shock for the political establishment. Frustration is so rife among Europeans that these elections will break new ground. Dissatisfaction with the way the crisis has been handled has reinforced Euroscepticism in almost all the member states and undermined the power of the mainstream parties. Nowadays politics is just an appendage of the economy, and democracy is practically a thing of the past.” (12/10/2013)

www.eurotopics.net/en/home/debatten/linkliste-2014-02-europa-waehl/



Die Medien dieser Ausgabe*

Media used for this edition*



* Alle Medien, die wir zitieren: www.eurotopics.net/medienindex
* All media we quote: www.eurotopics.net/en/medienindex

Machtprobe für Erdoğan

Trial of strength for Erdoğan



picture alliance/atabaca

● Ein Korruptionsskandal setzt den türkischen Premier Erdoğan unter Druck. / A corruption scandal is putting Prime Minister Erdoğan under pressure.

Im Jahr der Präsidentschaftswahl erschüttert ein Korruptionsskandal die Türkei. Nach Verhaftungen in Regierungskreisen schasst Premier Erdoğan Verantwortliche in Polizei und Justiz. Stolpert er auf dem Weg ins Präsidentenam oder baut er seine Macht weiter aus?

Radikal (TR):

Erdoğan wird seine Macht nicht aufgeben
Der türkische Premier hat angekündigt, im Sommer als Präsident zu kandidieren, sofern seine Partei bei der Kommunalwahl Ende März gut abschneidet. Die liberale Tageszeitung meint, dass er die Macht so schnell nicht aufgeben wird: „Das Ergebnis der Kommunalwahlen kann für die AKP eine Zeitenwende bedeuten. Wenn sie mindestens 40 Prozent erreicht, wird es ein Modell wie in Russland mit Putin und Medwedew geben. Wenn nicht, werden ganz neue Szenarien aktuell. ... Seit dem Korruptionsskandal ist es sogar wahrscheinlich, dass Erdoğan überhaupt nicht Präsident wird. ... In der aktiven Politik wird er aber bleiben, dafür werden jetzt schon Vorbereitungen getroffen.“ (13.02.2014)

La Tribune (F):

Die Demokratie verliert
Der Machtkampf zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung geht auf Kosten der Demokratie, sorgt sich die liberale Wirtschaftszeitung La Tribune: „Der Kampf zwischen Erdoğan und der Gülen-Bewegung hat ein Stadium erreicht, in dem eine Versöhnung nur noch schwer vorstellbar ist. Glücklicherweise deckt der erbitterte Kampf die Korruption und die Manipulationen der Justiz auf, auf denen das Erdoğan-Regime errichtet ist. Egal, welche der beiden Seiten siegen wird, die türkische Demokratie wird leider der Verlierer sein – zumindest kurzfristig, bis eines Tages echte demokratische Kräfte entstehen.“ (17.01.2014)
www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-2014-01-erdogan/



Turkey is being rocked by a corruption scandal six months before its presidential elections. Following arrests of persons close to the government, Prime Minister Erdoğan has started sacking those responsible in the police force and judiciary. Is he stumbling on the road to becoming president or expanding his power base?

Radikal (TR):

Erdoğan won't give up power
Turkey's Prime Minister has said in recent days that he intends to run as a candidate for president in the summer if his party, the AKP, has a good showing in the local elections on March 30. Successful or not, he won't give up power any time soon, the liberal daily comments: "The results of the local elections could be a turning point for the AKP. If they obtain at least 40 percent, a model like the Putin and Medvedev system in Russia will be introduced. If not, a whole different agenda will be set. ... And since the corruption scandal it's even likely that Erdoğan won't become president at all. ... But he'll remain active in day-to-day politics, and that's what he's already preparing for." (13/02/2014)

La Tribune (F):

Democracy the loser
The power struggle between the AKP and its former allies, the Hizmet movement of Muslim preacher Fethulla Gülen, is only harming democracy, the liberal business paper La Tribune writes: "The battle between Erdoğan and the Gülen movement has reached a point where reconciliation seems very difficult indeed. Luckily, the bitter fighting has exposed the corruption and manipulation of the judiciary on which Erdoğan's regime is based. Unfortunately, no matter which side wins, Turkish democracy will be the loser – at least in the short term, until truly democratic forces emerge." (17/01/2014)
www.eurotopics.net/en/home/debatten/links-2014-01-erdogan/



Ukraine im Umbruch

Upheaval in Ukraine

Nach blutigen Straßenkämpfen in Kiew entmachtet das ukrainische Parlament Präsident Janukowitsch. Die Presse diskutiert, wie die Zukunft des pleitebedrohten Landes aussehen könnte und welche Rolle die EU dabei spielt.

Gazeta Wyborcza (P):

Finnisches Modell das Beste für alle
Zbigniew Brzezinski, Berater des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, schlägt in einem Gastbeitrag für die liberale Tageszeitung ein „Finnisches Modell“ vor als Lösung für den Konflikt um die Ukraine: „Die USA sollten Putin ausdrücklich zu verstehen geben, dass sie alles tun werden, damit eine unabhängige und vereinte Ukraine gegenüber Russland eine ähnliche Politik betreibt wie Finnland. Das würde heißen, dass die Ukraine mit ihren Nachbarn ein Verhältnis pflegt, das auf gegenseitiger Wertschätzung beruht und auf breit angelegten wirtschaftlichen Beziehungen mit beiden Seiten, sowohl mit Russland als auch mit der EU. Außerdem wird die Ukraine keinem Militärbündnis angehören, da dies Russland als Provokation empfinden würde.“ (25.02.2014)

Le Soir (B):

Maidan-Kämpfer sterben für Europa
Die ukrainischen Bürger haben in den Kämpfen in Kiew Europa verteidigt, erklärt die liberale Tageszeitung und fordert die EU auf, dies nun zu würdigen: „Europa muss nun zeigen, dass es den Anforderungen dieses historischen Augenblicks gewachsen ist. Und es muss der Demokratie, die nun im Entstehen begriffen ist, umso mehr helfen, weil die Ukrainer auch Europa verteidigt haben, als sie für ihre Freiheit kämpften. Zu einem Zeitpunkt, an dem so viele EU-Bürger nicht mehr an die Vorzüge der Union glauben, sind in Kiew zum ersten Mal Menschen mit einer europäischen Flagge in der Hand gestorben.“ (24.02.2014)

El Huffington Post (E):

Die Ukraine ist das Herz Europas
Der Maidan ist das Zentrum Europas, sagte der Philosoph Bernard-Henri Lévy in einer Rede auf dem besetzten Platz, die in seinem Blog bei der linksliberalen Online-Zeitung erschien: „Ihr verleiht dem europäischen Geist eine Gestalt. Ihr gebt dem Programm wieder einen Inhalt. Ihr gebt der europäischen Idee einen Sinn. ... Und genau deshalb ist die Ukraine auch kein Vasall des russischen Imperiums mehr, der um den Zutritt zu Europa bettelt. Nein, in diesem Moment, in diesen Stunden ist die Ukraine das Herz des Kontinents und Kiew seine Hauptstadt. Volk des Maidan, europäische Brüder! Ich will euch sagen, dass es in Paris, in Berlin und anderswo viele gibt, die eure Botschaft gehört haben.“ (21.02.2014)

WOZ – Die Wochenzeitung (CH):

Ukrainische Führung nicht verteufeln
Die pro-oppositionelle Haltung der EU in der Ukraine ist unangebracht, kritisiert die linke Wochenzeitung: „Der Präsident ist autoritär, aber kein Diktator. Immerhin wurde der



picture alliance/dpa

● Die Ukraine hat die EU um Geld gebeten, um eine Staatspleite zu verhindern. / Ukraine has asked the EU for money to keep the country from going bankrupt.

Fernsehsender TV5, der seit Beginn der Demonstrationen positiv und ausgiebig über die Proteste berichtete, erst am Dienstag abgeschaltet. ... Auch die Tatsache, dass die Generalstaatsanwaltschaft im Tausch gegen die Räumung der Stadtverwaltung 230 Demonstranten freilässt, zeigt, dass die Regierung an einer Beilegung des Konflikts interessiert war. Anders die Opposition. Deren Führung hat die gezielten Schüsse auf die Polizisten nicht öffentlich verurteilt.“ (20.02.2014)
www.eurotopics.net/de/home/debatten/linkliste-2014-02-25-ukraine-im-umbruch/



After violent clashes on the streets of Kiev, the Ukrainian parliament ousted President Yanukovich. The press discusses what the future may hold for the near-bankrupt country, and what role the EU plays here.

Gazeta Wyborcza (P):

Finnish model best for all parties
Zbigniew Brzezinski, adviser to former US president Jimmy Carter, proposes a "Finnish model" as a solution to the conflict in Ukraine in an opinion piece for the liberal daily: "The US could and should convey clearly to Mr Putin that it is prepared to use its influence to make certain a truly independent and territorially undivided Ukraine will pursue policies towards Russia similar to those so effectively practised by Finland: mutually respectful neighbours with wide-ranging economic relations with Russia and the EU; no participation in any military alliance viewed by Moscow as directed at itself." (25/02/2014)

Le Soir (B):

Maidan fighters die for Europe
The people of Ukraine have defended Europe in the clashes in Kiev, the liberal daily writes, calling on the EU to honour their commitment: "Europe has to show that it can rise to the challenge of this historic moment. And it's all the more obliged to help

the fledgling democracy there in that the Ukrainians who fought for their freedom were also defending Europe. At precisely the time when so many citizens of the EU have ceased to believe in the virtues of the Union, for the first time in history men and women died in Kiev clutching the European flag." (24/02/2014)

El Huffington Post (E)

Ukraine is Europe's beating heart
Kiev's Maidan is now at the very heart of Europe, philosopher Bernard-Henri Lévy said in a speech to the opposition forces occupying the square. The speech was now published in his blog with the left-liberal online paper: "You embody the European project. You restore to it its content and program. You give to the word and to the idea of Europe a meaning. ... That is why Ukraine is not a vassal of the Russian empire begging to be joined to Europe. It is, at least for the moment, the beating heart of the continent, and Kiev is that continent's capital. People of Maidan, brothers and sisters in Europe! I also want to tell you how many of us, from Paris to Berlin and elsewhere in Europe, have heard your message." (21/02/2014)

WOZ – Die Wochenzeitung (CH):

Don't demonise Ukrainian leadership
The EU's consistent support for the Ukrainian opposition is inappropriate, the left-leaning weekly paper criticises: "The president is authoritarian, but he is no dictator. Let's not forget, the television station TV5, which had reported positively and in detail on the protests right from the start, was only closed down on Tuesday. ... And the fact that the chief prosecutor's office released 230 prisoners in exchange for the evacuation of occupied administration buildings shows that the government was eager to find a solution to the conflict. Unlike the opposition. Their leadership has failed to criticise the shots that directly targeted the police officers." (20/02/2014)
www.eurotopics.net/en/home/debatten/linkliste-2014-02-25-ukraine-im-umbruch/



Lokale Farben Local Colours

Unsere Korrespondenten verfolgen nicht nur die wichtigsten Debatten. Sie haben auch einen Blick für die kleinen, manchmal skurrilen, oftmals typischen Themen ihres Landes. Wir präsentieren diese Themen in unserer Rubrik „Lokale Farben“.

Our correspondents not only cover the most important debates. They also have an eye for the smaller, at times whimsical, often typical themes that occupy the people in their countries. We present these topics under our heading "Local Colours".

De Volkskrant (NL):

Niederlande im Otter-Fieber
In den Niederlanden hat ein Otter einen Medienrummel ausgelöst. Das angeblich bei einem Verkehrsunfall getötete Tier ist noch am Leben. Der Hype ist symptomatisch für die „Otterisierung“ des



picture alliance/dpa

● Die Niederländer lieben Otter – ob in der freien Natur oder als Schmuck an einem alten Handelshaus. / The Dutch love otters – whether they're out in the wild or as decoration on the facade of an old trading house.

Landes, spottet Kolumnist Bert Wagendorp in der linksliberalen Tageszeitung: „Die Zeiten, in denen man in diesem Land noch unbekümmert Otter sein durfte, sind längst vorbei. Hinter jedem modernen Otter stehen zwei Beamte, drei Wissenschaftler und vier Mitglieder von verschiedenen Otter-Vereinen. ... Wir holen nicht einfach mal eben 31 Otter aus Polen, setzen sie hier aus, lehnen uns gemütlich

zurück und warten ab, was passiert. Die Wieder-Otterisierung der Niederlande wurde gesetzlich reglementiert, geplant und generalstabsmäßig begleitet.“ (25.02.2014)

De Volkskrant (NL):

Dutch seized by ottermania
An otter is at the centre of a media frenzy in the Netherlands. The animal, which was thought to be dead after being hit by a vehicle on a motorway, has now recovered. The hype is symptomatic for the "re-otterisation" of the country, columnist Bert Wagendorp jokes in the left-liberal daily De Volkskrant: "The times when you could peacefully go about your business as an otter in this country are a thing of the past. Behind every modern otter are two public servants, three scientists and four members of this or that otter association. ... We can't just go and get 31 otters from Poland, let them go free here and watch what happens. The re-otterisation of the Netherlands has been regulated by law, planned and carried out with the precision of a military operation." (25/02/2014)



picture alliance/dpa

● Vielleicht reicht ein Händedruck, wenn sich Serbiens Präsident Nikolić und sein kroatischer Amtskollege Josipović das nächste Mal treffen. / Perhaps the next time Serbian President Nikolić meets his Croat counterpart Josipović they should just shake hands.

Večernji List (HR):

Serbisch-kroatischer Krieg der Küsse
Traditionell küssen sich Serben dreimal auf die Wange, Kroaten nur zweimal. Wenn sich die Präsidenten Kroatiens und Serbiens begegnen, kann das Ritual der Begrüßungs-Wangenküsse zur Machfrage geraten. Bei einem Treffen im vergangenen Sommer unterlag das kroatische Staatsoberhaupt, empört sich die kon-

servative Tageszeitung: „Josipović hat seinen dreifachen Wangenkuss mit dem serbischen Führer mit dessen kultureller Tradition gerechtfertigt. Allerdings haben wir Kroaten unsere eigene Tradition und die ist anders als die von Nikolić. Unser Präsident hat nicht einmal versucht, Nikolić dazu zu bringen, unsere Tradition des Zweimalküssens zu wahren, und hat so seine Nachgiebigkeit verdeutlicht. Wie so oft hat sich wieder mal die serbische Überlegenheit gegenüber Kroaten gezeigt.“ (31.07.2013)

Večernji List (HR):

Serbo-Croatian war of kisses
"Josipović justified his three pecks on the cheek with the Serbian leader on the grounds that it fit in with his counterpart's cultural tradition. The fact is, however, that the Croats have their own tradition and it's not the same as Nikolić's. Our president didn't even try to get Nikolić to respect the two-kiss tradition, and as a result all he did was demonstrate his own compliance. As so often, the Serbian feelings of superiority with regard to Croatia have once again made themselves felt." (31/07/2013)

„Die europäische Öffentlichkeit entsteht gerade erst“

“The European public sphere is only taking shape now”

Interview mit Lluís Bassets, stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung El País und verantwortlich für die Barcelona-Ausgabe der Zeitung. Er schreibt zwei wöchentliche Kolumnen und hat einen Blog zu internationalen Politik-Themen. In den Achtzigern und Neunzigern war er Korrespondent in Brüssel und Paris.

Was war 2013 das wichtigste Thema für Sie?

Für das Jahr 2013 will ich mich nicht festlegen. 2014 wird aber die Ukraine das entscheidende Thema sein, weil es wohl die meisten Konsequenzen für Europa hat.

Was verstehen Sie unter dem Begriff der europäischen Öffentlichkeit?

Die europäische Öffentlichkeit ist ein sehr wichtiges und sehr schönes Gebäude, das noch im Bau ist. Wenn wir optimistisch sind, dann zimmern wir gerade an den ersten Etagen. Es bleibt also noch sehr viel Arbeit zu tun. Es gibt noch keine europäische öffentliche Meinung. Sie ist ein Projekt, in das wir schon investieren, in das wir aber noch viel mehr investieren müssen.

Gibt es so etwas wie eine europäische Debattenkultur?

Sie existiert, aber nur sehr eingeschränkt in den Kreisen der Politiker und der Journalisten in Brüssel. Doch das große Publikum gehört nicht dazu, weil diese Debatten nicht im Fernsehen oder Radio stattfinden. Wir dürfen aber nicht zu ungeduldig sein, das Gebäude der europäischen Öffentlichkeit wird eben Stein für Stein gebaut.

Welche Themen werden denn in den Ländern besonders unterschiedlich diskutiert?

Die Unterschiede zwischen den Ländern sind sehr groß, das hat sich besonders während der Euro-Krise gezeigt. Da hatten die Deutschen den Eindruck, dass sie für ihre Solidarität übermäßig viel gezahlt haben, während die Menschen in den südlichen Ländern die Deutschen als egoistisch und dominant betrachtet haben. In Spanien haben wir das Problem der Flüchtlinge aus Afrika, vor kurzem sind mindestens 15 Flüchtlinge an der Grenze zu Ceuta gestorben und das ist hier ein sehr großes Thema. Menschen aus Finnland, Schweden oder Deutschland sind nicht so direkt von Migration aus Afrika betroffen und können das nicht nachvollziehen. Europa ist eben sehr unterschiedlich.

Sie haben die Euro-Krise angesprochen. Das war die bestimmende Debatte der letzten Jahre in Europa?

Die Euro-Krise war eigentlich auch die einzig echte europäische Debatte, die wir in den vergangenen Jahren geführt haben. Denn plötzlich sind wir darauf gekommen, dass alles, was wir in den Europäischen Verträgen ausgehandelt hatten, vollkommen ungeeignet ist, um die Stabilität der gemeinsamen Währung und damit die Zukunft der EU zu gewährleisten. Der Lissabonner Vertrag war eigentlich auf noch viele Jahre angelegt, doch plötzlich standen wir vor der Herausforderung, eine Bankenunion zu gründen und die europäische Solidarität zu organisieren. Das stand alles ursprünglich überhaupt nicht auf der Tagesordnung.

Wie erklären Sie sich, dass die Euro-Krise solche heftigen Ressentiments hervorgerufen hat?

Viele der Spannungen, die es zwischen den Ländern während der Euro-Krise gab, lassen sich nur damit erklären, dass der Krieg nicht mehr im kollektiven Gedächtnis ist. Ich kann mich noch daran erinnern, wie Helmut Kohl und Francois Mitterrand sich darüber beklagt haben, dass sie die letzten Politiker sind, die die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs gemacht haben. Die Frauen und Männer, die jetzt an der Macht sind, wie Angela Merkel, Matteo Renzi oder Manuel Rajoy haben den Krieg zwischen den Europäern nicht erlebt. Und die Menschen in den Ländern auch nicht.

Zur Europawahl: Welche Themen fehlen Ihnen in der öffentlichen Debatte?

Jedes Land hat ja seine eigenen Themen. Aus spanischer Sicht müssen wir Europas Solidarität diskutieren, den Wohlfahrtsstaat und die Löhne – das sind die Themen, die hier in Spanien wichtig sind und die auch auf europäischer Ebene besprochen werden sollten. Daneben gibt es viele Themen, die vielleicht politischer und wichtiger sind, die aber nicht auf der Agenda der Spanier stehen. Zum Beispiel die Ukraine und die Notwendigkeit, dass Europa ihr hilft. Das muss auch in die Debatten vor der Wahl eingehen. Besonders weil populistische Parteien versuchen, die Debatten auf ihre eigenen Themen zu lenken.

Die Fragen stellte Judith Fiebelkorn



● Lluís Bassets

Lluís Bassets is the Deputy Director of the newspaper El País and responsible for the edition of this newspaper in Barcelona. Writes two weekly columns and maintains a daily blog on international policy issues. He has been correspondent in Brussels and Paris.

What was the most important topic of 2013 in your view?

I don't want to confine my answer to just one topic for. But in 2014 Ukraine will be the decisive issue because it no doubt has the most consequences for Europe.

What does the term “European public sphere” mean for you?

The European public sphere is a very important and very beautiful edifice that is still under construction. If we're optimistic, right now we're doing the brickwork for the first stories of the building. So there's a lot of work still to be done. At this stage there is no European public opinion as such; it is a project in which we are investing, but in which we still need to invest much more.

Is there such a thing as a European debate culture?

It exists, but it is very much confined to the politicians' and journalists' circles in Brussels. The general public isn't part of it because these debates don't take place on television or radio. However we shouldn't

be too impatient. The edifice of the European public sphere will be built stone by stone.

What topics differ most in the way they are discussed from country to country?

The differences among the different countries are very large. This became particularly clear during the euro crisis. The Germans felt they were paying too much for solidarity with other countries, while the people of the southern countries saw the Germans as selfish and dominant. In Spain, we have the problem of the refugees from Africa. Almost 15 refugees died recently on the border with Ceuta, and that's a very big topic here. People in Finland, Sweden or Germany can't understand that. Many differences exist within Europe.

You mentioned the euro crisis. This was the leading debate of the last few years in Europe.

The euro crisis was basically the only European debate we have had in recent years. Because all of a sudden we were confronted with the fact that all that we had negotiated in the European treaties is completely inappropriate for guaranteeing the stability of the single currency, and thus the future of the EU. The Treaty of Lisbon was actually supposed to apply for many years to come, but suddenly we were facing the challenge of establishing a banking union and organ-

izing European solidarity. All that wasn't even on the agenda.

Why do you think the euro crisis has triggered such fierce resentment?

Many of the tensions that existed between the different countries during the euro crisis can only be explained by the fact that the war is no longer present in the collective consciousness. I can still remember how Helmut Kohl and Francois Mitterrand complained that they were the last politicians to have experienced the Second World War. The women and men who are now in power, like Angela Merkel, Matteo Renzi or Mariano Rajoy, never experienced the Europeans at war with each other. And the people in their respective countries haven't either.

On the subject of the European elections: Which issues are being neglected?

Each country has its own issues. From the Spanish point of view we must discuss European solidarity, the welfare state and salaries – these are the issues that are important here in Spain, and need to be discussed at a European level. Then there are many issues that are perhaps more political and more important, but are not on the Spaniards' agenda, for example Ukraine and the need for Europe to help it. This must also be included in the debates in the run-up to the election. Particularly since populist parties are trying to focus the debates on their narrow set of interests.

Interview: Judith Fiebelkorn



Folgen Sie uns in den sozialen Netzwerken
Follow us on the social networks:

Twitter:

@eurotopics
@eurotopics_en
@eurotopics_fr

Facebook:

facebook.com/eurotopics.de
facebook.com/eurotopics.en
facebook.com/eurotopics.fr



Impressum

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel +49 (0)228 99515-0
Fax +49 (0)228 99515-586
info@bpb.de
www.bpb.de
Daniel Kraft (verantwortlich für diese Printausgabe)
Theresa Kramer

Redaktion von euro|topics
Chefredaktion: Thorsten Schilling

Redaktion der Bundeszentrale für politische Bildung
Martin Hetterich
Matthias Jung
Meike Sundermann

euro|topics ist ein Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Presse-schau wird erstellt von n-ost Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung (Berlin).

Redaktion von n-ost, Berlin
Andreas Bock (Redaktionsleitung)
Judith Fiebelkorn (Redakteurin)
Juliane Matthey (Redakteurin)
Sarah Portner (Redakteurin)

Gesamtgestaltung
KonzeptQuartier® GmbH, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Übersetzung der Presseschau, Englisch
John Lambert
Alison Waldie

Übersetzung der Presseschau, Französisch
Antoine Rossi
Marjolaine Cavalier

bpb
Bundeszentrale für politische Bildung

euro|topics-Newsletter – Wissen, was Europa denkt!

Immer auf dem neuesten Stand sein, was Europa denkt? Dann senden Sie uns eine Email mit dem Betreff „Abo eurotopics“ an eurotopics@bpb.de oder abonnieren Sie ihn online unter:

www.eurotopics.net/de/newsletterabo/



Would you like to be kept up to date on what Europe is thinking? Send us an email including the subject “subscription to euro|topics” or subscribe to the euro|topics newsletter online:

www.eurotopics.net/en/newsletterabo/



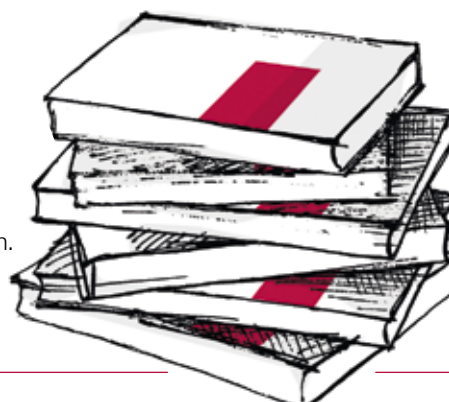
euro|topics-Gewinnspiel

10 bpb-Pakete zu gewinnen

In wievielen Ländern ist im Mai 2014 Europawahl?

A 26 B 27 C 28

Bitte senden Sie die richtige Antwort per E-Mail an: kommunikation@bpb.de. Einsendeschluss ist der 25. Mai 2014. Unter allen richtigen Antworten verlosen wir 10 bpb-Bücherpakete. Pro Teilnehmer ist nur eine Teilnahme möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Preise können nicht bar ausbezahlt werden. Mitarbeiter der bpb sind von einer Teilnahme ausgeschlossen.



Wahl-O-Mat®

Europawahl 2014

Du hast die Wahl!